



PH, CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Bundesamt für Migration
Abteilung Bürgerrecht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Bern, 20. März 2010

Vernehmlassung: Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 17. Dezember 2009 wurden wir eingeladen, zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP Schweiz begrüsst die Totalrevision des Bürgerrechts, die insbesondere Vereinfachungen und eine Harmonisierung der Verfahrensabläufe, aber auch die Vereinbarkeit mit dem revidierten Ausländergesetz herstellt. Damit werden viele der eingereichten Vorstösse im Parlament berücksichtigt.

Die CVP erachtet die Einbürgerung als letzten Schritt einer erfolgreichen Integration. Die Messlatte dafür muss aber hoch angesetzt werden, denn das Schweizer Bürgerrecht ist ein kostbares Gut. Mit dieser Vorlage werden die Integrationskriterien präzisiert und es wird sichergestellt, dass nur gut integrierte Personen eingebürgert werden können. Die CVP Schweiz ist mit dieser Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen einverstanden. Es muss aber gleichzeitig gewährleistet sein, dass diese Kriterien auch überprüft und eingehalten werden.

An dieser Stelle soll festgehalten werden, dass ein allfälliger Mehraufwand für Kantone oder Gemeinden abgegolten werden sollte.

Alle weiteren Bemerkungen zu einzelnen Artikeln finden Sie im beiliegenden Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay
Präsident CVP Schweiz

Sig. Tim Frey
Generalsekretär CVP Schweiz



Revision Bürgerrechtsgesetz (BüG) Vernehmlassungsverfahren

Bern, den 16.12.2009

Fragenkatalog

Hinweis: Allgemeine Bemerkungen können am Ende des Fragenkatalogs angebracht werden.

| Revisionsvorschlag | Ja | Nein | Begründung / Bemerkungen / Vorschläge |
|--|----|------|---|
| Artikel 9 Formelle Voraussetzungen Niederlassungsbewilligung Sind Sie einverstanden, dass sich nur einbürgern lassen kann, wer über eine Niederlassungsbewilligung (Bewilligung C) verfügt? 8 Jahre Aufenthalt in der Schweiz Sind Sie einverstanden, dass bei gleichzeitiger Erhöhung der Anforderungen an die Integration die erforderliche Aufenthaltsdauer in der Schweiz von heute 12 auf 8 Jahre herabgesetzt wird? | X | | Die CVP begrüsst die Senkung der erforderlichen Aufenthaltsdauer in der Schweiz auf 8 Jahre, bei gleichzeitiger Erhöhung der Integrationsanforderungen. Diese müssen jedoch konsequent angewendet und überprüft werden. |
| Artikel 10 Berechnung der Aufenthaltsdauer Sind Sie mit der Beibehaltung der Doppelzählung der Aufenthaltsdauer zwischen dem 10. und 20. Altersjahr einverstanden? | X | | |
| Artikel 11 Materielle Voraussetzungen Sind Sie mit den neuen materiellen Voraussetzungen einverstanden? <i>Hinweis: Das Beachten der schweizerischen Rechtsordnung gehört neu zum umfassenderen Begriff des "Beachtens der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" und wird im neuen Artikel 12 geregelt.</i> | X | | |

| | | | |
|--|--|--|---|
| <p>Artikel 12 und 20 Integrationskriterien</p> <p>Artikel 12 Abs. 1 Sind Sie mit den aufgeführten Kriterien, die auf eine erfolgreiche Integration hinweisen, einverstanden?</p> <p>Öffentliche Sicherheit und Ordnung Sind Sie mit diesem Kriterium, worin auch das Beachten der schweizerischen Rechtsordnung enthalten ist, einverstanden?</p> <p>Respektierung der grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung Sind Sie mit diesem Kriterium einverstanden?</p> <p>Fähigkeit, sich in einer Landessprache zu verständigen Sind Sie mit diesem Kriterium einverstanden?</p> <p>Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben oder zum Erwerb von Bildung Sind Sie mit diesem Kriterium einverstanden?</p> <p>Artikel 12 Abs. 2 Personen, welche die Integrationskriterien aus psychischen oder physischen Gründen nicht erfüllen können Sind Sie einverstanden, dass der Situation dieser Personen angemessen Rechnung getragen wird?</p> <p>Artikel 20 Erleichterte Einbürgerung Sind Sie mit den neuen materiellen Eignungsvoraussetzungen der erleichterten Einbürgerung einverstanden?</p> | <p>X</p> <p>X</p> <p>X</p> <p>X</p> <p>X</p> <p>X</p> <p>X</p> | | <p>Die CVP Schweiz befürwortet grundsätzlich, dass die Einbürgerungsvoraussetzungen angehoben werden.</p> <p>Zusätzlich sollten die Grundzüge unseres politischen Systems und unserer Kultur gekannt und respektiert werden.</p> <p>Die CVP hat bereits in einem Vorstoss gute Kenntnisse einer Landessprache als Voraussetzung für eine Einbürgerung gefordert. Es gilt noch zu definieren, wann das Sprachkriterium erfüllt ist (Welches Niveau? Überprüfung mit einem Sprachtest?)</p> <p>Grundsätzlich ist die CVP damit einverstanden. Es stellt sich aber die Frage, wie der Wille gewertet wird. Genügt es, dass eine Person einfach auf Arbeitssuche ist? Wir verlangen diesbezüglich eine Konkretisierung auf Gesetzesstufe oder zuhanden der Debatte bereits einen Vorschlag auf Verordnungsstufe.</p> <p>Die CVP Schweiz ist einverstanden damit, dass die Integrationskriterien in Art. 12 auch bei der erleichterten Einbürgerung angewendet werden.</p> |
| | | | |
| <p>Artikel 13 Einbürgerungsverfahren</p> <p>Sind Sie einverstanden, dass Einbürgerungsgesuche erst nach Durchführung des kantonalen und kommunalen Verfahrens und der Zusicherung der Einbürgerung durch Kanton und Gemeinde an den Bund weitergeleitet werden können?</p> | <p>X</p> | | <p>So wird gewährleistet, dass Gesuche erst dann an den Bund gelangen, wenn Kanton und Gemeinde der Einbürgerung zugestimmt haben. Die Entscheidungskompetenz zwischen Bund und Kantonen wird so nicht beeinflusst, jedoch können Leerläufe vermieden werden.</p> |
| | | | |

| | | | |
|---|----------|----------|---|
| <p>Artikel 33 Aufenthalt</p> <p>Sind Sie einverstanden, dass an die Aufenthaltsdauer nur Aufenthalte mit Niederlassungsbewilligung, Aufenthaltsbewilligung oder vorläufiger Aufnahme angerechnet werden, nicht jedoch Aufenthalte mit Status als Asylsuchende?</p> | | <p>X</p> | <p>Asylsuchende sollen richtigerweise nicht eingebürgert werden können.</p> <p>Zudem ist die CVP Schweiz nicht einverstanden, dass Aufenthalte unter vorläufiger Aufnahme anzurechnet werden.</p> <p>Zudem ist Abs. 4 problematisch, wonach der Aufenthalt bei einer Abreise ins Ausland von mehr als 6 Monaten aufgegeben wird. Hier wird nicht berücksichtigt, dass beispielsweise Studenten ein Auslandsstudienjahr absolvieren können. Für diesen Fall sollte eine begründete Abmeldung den Aufenthalt nicht unterbrechen. Wir fordern deshalb eine Regelung für Studienaufenthalte im Ausland von max. 1 Jahr.</p> |
| | | | |
| <p>Artikel 34 Kantonale Erhebungen</p> <p>Erhebungen</p> <p>Sind Sie damit einverstanden, dass eine explizite gesetzliche Grundlage geschaffen wird, wonach das zuständige Bundesamt die kantonale Einbürgerungsbehörde auch mit den Erhebungen beauftragen kann, die für die Beurteilung der Voraussetzungen für die erleichterte Einbürgerung, Wiedereinbürgerung oder für die Nichtigerklärung einer Einbürgerung oder des Entzugs des Schweizer Bürgerrechts notwendig sind?</p> <p>Ordnungsfristen</p> <p>Sind Sie mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die es dem Bund erlaubt, Ordnungsfristen für die Durchführung von Erhebungen einzuführen, einverstanden? Welche Frist erscheint Ihnen angemessen?</p> <p>Frage zur Verfahrensdauer im Kanton und der Gemeinde (<i>Hinweis: Diese Frage richtet sich an die Kantone</i>)</p> <p>Wie lange dauert heute die durchschnittliche Verfahrensdauer in Ihrem Kanton für eine ordentliche Einbürgerung vom Moment der Gesuchseinreichung an bis zum Entscheid:</p> <p>a: für das kantonale Verfahren?</p> <p>b: für das kommunale Verfahren?</p> | <p>X</p> | <p>X</p> | <p>Bis anhin besteht keine verbindliche Rollenklärung zwischen Bund und Kantonen über die Prüfbereiche bei einer Eignungsabklärung einer einbürgerungswilligen Person.</p> |
| | | | |
| <p>Artikel 35 Gebühren</p> <p>Sind Sie mit der Aufhebung des Gebühren-erlasses für mittellose Bewerberinnen und Bewerber einverstanden?</p> | | <p>X</p> | <p>Die CVP ist mit damit nicht einverstanden. Es stellt sich hier die Frage, ob mittellose Bewerberinnen und Bewerber die Integrationskriterien (Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben) erfüllen.</p> |
| | | | |

| | | | |
|---|-------------------|--|--|
| <p>Artikel 36 Nichtigerklärung</p> <p><i>Aufhebung der Zustimmung des Heimatkantons zur Nichtigerklärung</i> Sind Sie mit der Aufhebung der Zustimmung des Heimatkantons zur Nichtigerklärung einer Einbürgerung einverstanden?</p> <p><i>Wartefrist nach rechtskräftiger Nichtigerklärung einer Einbürgerung</i> Sind Sie mit der Einführung einer Wartefrist von zwei Jahren nach der rechtskräftigen Nichtigerklärung einer Einbürgerung einverstanden?</p> | <p>X</p> <p>X</p> | | |
| <p>Artikel 41 Abs. 3 Vereinfachung bei der Entlassung aus mehrfachem kantonalem Bürgerrecht</p> <p>Sind Sie einverstanden, dass es für die Entlassung genügt, wenn ein Heimatkanton (d.h. nicht alle Heimatkantone) die Entlassungsverfügung erlässt und dies von Amtes wegen den übrigen Heimatkantonen mitgeteilt wird?</p> | <p>X</p> | | |
| <p>Artikel 51 Nichtrückwirkung</p> <p>Sind Sie einverstanden, dass die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereichten Gesuche bis zum Verfahrensabschluss (Entscheid) noch nach den Bestimmungen des bisherigen Rechts behandelt werden sollen?</p> | <p>X</p> | | |
| <p>Artikel 52 Erleichterte Einbürgerung für das Kind eines schweizerischen Elternteils</p> <p>Sind Sie einverstanden, dass die bisherigen Artikel 58a und 58c für ausländische Kinder einer schweizerischen Mutter und eines schweizerischen Vaters durch eine neue, einheitliche Bestimmung ersetzt werden?</p> | <p>X</p> | | |

| | | | |
|---|-------------------|--|---|
| <p>Befürworten Sie die Stossrichtung der vorliegenden Bürgerrechtsrevision? (Herstellung einer weitgehenden Kohärenz mit dem neuen Ausländergesetz sowie den Änderungen des Asylgesetzes bezüglich Anforderungen an den Integrationsgrad und die Sprachkenntnisse; Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen und damit einhergehende Sicherstellung, dass nur erfolgreich integrierte Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht erhalten; Harmonisierung der kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen; Reduktion des administrativen Gesamtaufwandes durch Vereinfachung und Harmonisierung der Abläufe sowie Klärung der Rollen von Kanton und Bund im Einbürgerungsverfahren).</p> | <p>X</p> | | |
| <p>Beitritt der Schweiz zur Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention (STE 166) und zur Konvention über die Vermeidung der Staatenlosigkeit bei Staattennachfolge (STE 200)</p> <p>Beitritt Sind Sie einverstanden, dass die Schweiz der Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention sowie der Konvention über die Vermeidung der Staatenlosigkeit bei Staattennachfolge beitrifft?</p> <p>Verknüpfung mit der Totalrevision BÜG? Sind Sie einverstanden, dass die Frage des Beitritts der Schweiz zu diesen beiden Konventionen mit der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes verknüpft (und nicht separat behandelt) wird?</p> | <p>X</p> <p>X</p> | | |
| <p>Zusatzbemerkungen, insbesondere zu Gesetzesartikeln, die nicht im Fragebogen aufgeführt sind.</p> | | | <p>Die CVP Schweiz fordert die Einführung einer Charta, die jede einbürgerunswillige Person unterzeichnen muss. Eine Einbürgerung soll nur nach sorgfältiger Prüfung einer erfolgreichen Integration erfolgen. Neben Sprachkenntnissen soll die einzubürgernde Person auch die grundlegenden Werte des Zusammenlebens in der Schweiz respektieren. Die Charta regelt das Zusammenleben in einer Gemeinschaft. Sie zählt die Grundwerte auf, an denen sich alle Personen einer Gemeinschaft orientieren.</p> <p>Nicht enthalten ist die Frage nach der separaten Prüfung des Einbürgerungsgesuches von Kindern ab dem 12. Altersjahr. Die CVP ist damit einverstanden.</p> |